

Trumps „Bohren, Bohren!...“- Politik wird sich global weit reichender Unterstützung erfreuen

geschrieben von Chris Frey | 13. Februar 2025

[Tilak Doshi](#)

Die Amtseinführung von Donald Trump am Montag, dem 20. Januar, als 47. Präsident der Vereinigten Staaten verspricht eine dramatische Veränderung der amerikanischen Energiepolitik, die von der scheidenden Biden-Regierung und der vorherigen zweimaligen Obama-Präsidentschaft verfolgt worden war.

In einer [Rede](#) mit anschließender Fragerunde am 7. Januar erklärte der designierte Präsident, dass sowohl der Klimaalarmismus als auch Bidens Energiepolitik „riesige Betrugereien“ seien; dass er die Beteiligung der USA am Pariser Klimaabkommen der Vereinten Nationen beenden werde; dass er Bidens zynische Genehmigungspause für die Entwicklung der LNG-Exportinfrastruktur aufheben werde, um deren Auswirkungen auf die Energiesicherheit und die Erdgaspreise in den USA zu bewerten; dass er Bidens generelles Verbot von Öl- und Gasbohrungen vor der Küste „sehr schnell“ aufheben werde, dass er Bidens EV-Vorschriften „sehr schnell“ abschaffen würde; dass er Bidens pauschales Verbot von Offshore-Öl- und Gasbohrungen „aufheben“ würde; dass er alle Maßnahmen der Biden-Regulierungsbehörden zur Benachteiligung oder zum Verbot von Gasgeräten und -öfen rückgängig machen würde; und dass er Bidens Offshore-Windphantasterei rückgängig machen würde. Er hat auch [versprochen](#), nicht ausgegebene Mittel zu streichen, die für Klimabestimmungen im euphemistisch benannten Inflation Reduction Act (IRA) vorgesehen sind.

Es ist natürlich noch zu früh, um zu beurteilen, wie schnell die neue Trump-Regierung diese Ziele erreichen kann. Eigeninteressen, bürokratische Rückschritte und die beträchtlichen Ressourcen des klimaindustriellen Komplexes werden versuchen, die energiepolitischen Ambitionen der Trump-Administration zu bremsen.

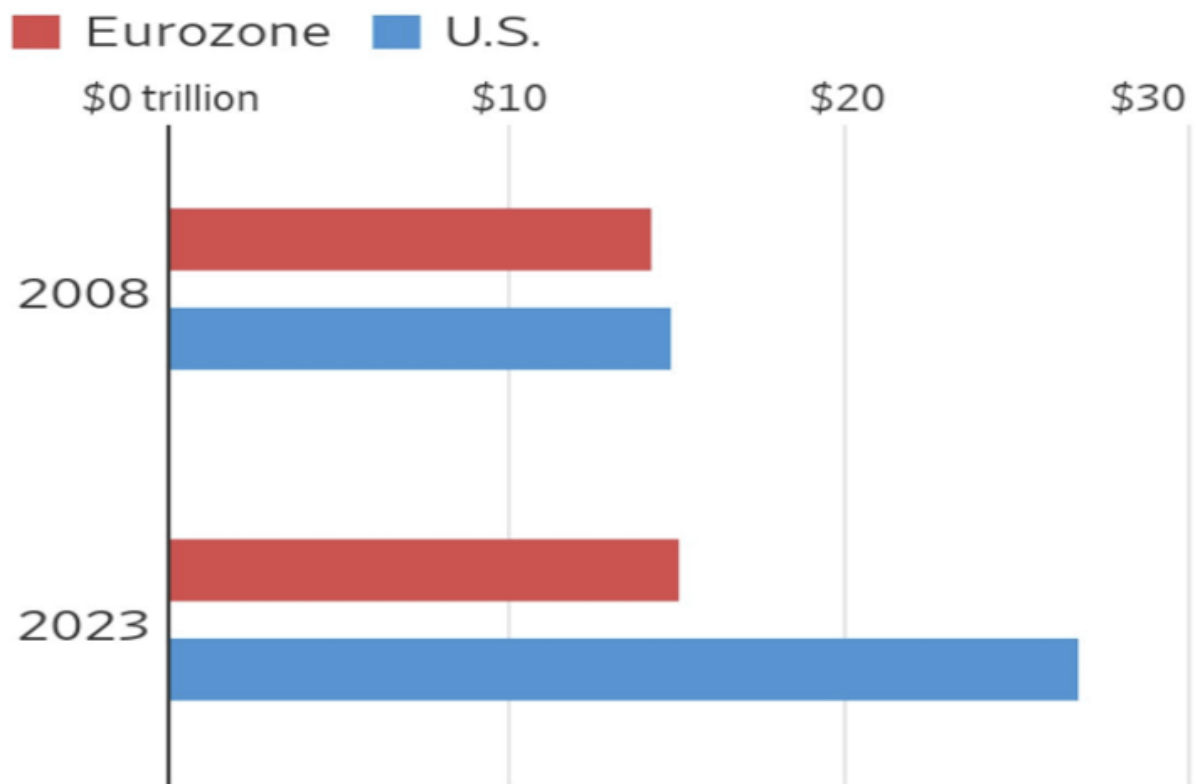
Es wäre jedoch ein Fehler, die energiepolitischen Versprechungen der Trump-Administration als die einzige Hoffnung auf eine Umkehr des jahrzehntelangen Angriffs auf fossile Brennstoffe in den USA und Westeuropa zu betrachten. Die bedeutendsten Entwicklungen in der weltweiten Energiepolitik im Jahr 2024 deuten darauf hin, dass eine Trump-Administration in Europa und auf der ganzen Welt wichtige Verbündete in ihrem Kampf gegen die globalistische Klimaagenda haben wird.

Europas Deindustrialisierung und der grüne Rückschlag

Die Auswirkungen der [Deindustrialisierung](#) Europas – ein Prozess, der mit der Verabschiedung der Energiewende in Deutschland im Jahr 2010 begann, die darauf abzielte, fossile Brennstoffe und Kernkraft durch Solar- und Windenergie zu ersetzen – im vergangenen Jahr schmerzhaft deutlich. Das Statistische Bundesamt meldete am 15. Januar, dass die Wirtschaft im Jahr 2024 zum zweiten Mal in Folge geschrumpft ist, was das Ausmaß des Abschwungs in der größten europäischen Volkswirtschaft verdeutlicht und wenig Anzeichen für eine baldige Besserung erkennen lässt. Die Lawine von Schlagzeilen über die wirtschaftliche und politische Implosion Deutschlands, nachdem Bundeskanzler Olaf Scholz im November seinen Finanzminister entlassen hatte, war nur die jüngste in einer Reihe von Berichten über den „kranken Mann Europas“ in den letzten zwei Jahren („Hinter Deutschlands politischen Turbulenzen steckt eine stagnierende Wirtschaft“ [\(hier\)](#), „Deutschland zerbricht, wenn Europa es am meisten braucht“ [\(hier\)](#), „Europas wirtschaftliche Apokalypse ist jetzt“ [\(hier\)](#)).

Die himmelhohen Arbeits- und Betriebskosten der Unternehmen infolge zahlloser Vorschriften überzogener Bürokraten und die weltweit höchsten Energiepreise, die durch die Torheiten der „klimapolitischen [Führungsrolle](#)“ der EU und Großbritanniens in den letzten zwei Jahrzehnten verursacht wurden, sind Europa teuer zu stehen gekommen. Im Jahr 2008 lagen die Volkswirtschaften der EU und der USA Kopf an Kopf. Heute ist die Wirtschaft der USA 50 % größer als die ihres unglücklichen Verbündeten jenseits des Atlantiks.

Gross domestic product, current prices



Source: International Monetary Fund

Die zunehmende Ablehnung der Umweltagenda in Europa und Großbritannien – zusammen mit der Ablehnung der Masseneinwanderung und der unbefristeten Verpflichtung zur Finanzierung des Krieges in der Ukraine – hat zum [Aufstieg](#) populistischer „rechtsextremer“ politischer Parteien geführt. Sie haben bei regionalen und nationalen Wahlen in Österreich, Italien, den Niederlanden, Ungarn, Polen, Frankreich, Deutschland und dem Vereinigten Königreich beachtliche Erfolge erzielt.

Geert Wilders, der politische Führer der Partei für die Freiheit, die einer Koalition von vier Parteien angehört, die die niederländische Regierung bilden, klang regelrecht nach Trump, als er die Ausgaben der Regierung für das Klima und die Unterstützung der Ukraine sowie die Notwendigkeit von Steuersenkungen anprangerte und [erklärte](#): „Ich möchte, dass wir endlich die Niederländer an die erste Stelle setzen.“

Alice Weidel, die Vorsitzende der deutschen AfD, die mit 20 % Wähleranteil die [zweitstärkste](#) politische Partei in Deutschland ist, ist eine weitere potenzielle Verbündete Trumps. In einer ihrer typischen feurigen Reden vor dem Bundestag [sagte](#) sie: „Deutschland steckt tief in der Rezession... Und daran sind nicht Putin, nicht die Welt, nicht irgendwelche fiktiven Klimakatastrophen schuld. Diese unfähige Regierung ist für den Zusammenbruch verantwortlich...“

In einem ausführlichen [Interview](#) mit Elon Musk – der in Trumps neuer Regierung das Ministerium für Regierungseffizienz leiten wird – bezeichnete Frau Weidel Angela Merkel als die erste „grüne“ Kanzlerin, die das Land mit ihrer „widerwärtigen Energiepolitik“, die Deutschland zur „ersten Industrienation, die den Stecker der Kernkraftwerke gezogen hat“, „ruiniert und zerstört“ habe.

Nigel Farage, Vorsitzender der britischen Reformpartei, die in einigen [Umfragen](#) mit 25 % Kopf an Kopf mit der regierenden Labour-Partei liegt, ist seit langem ein persönlicher Freund von Trump. Wie Trump und die meisten [Mitglieder](#) der Reform U.K. steht auch Farage dem Klimaalarmismus skeptisch gegenüber. In seinem [Parteiprogramm](#) heißt es, dass die Netto-Null-Politik „unsere Wirtschaft lähmt“, so dass „die Abschaffung der Klimaziele zu einer Priorität der nächsten Regierung werden sollte, da dies dem öffentlichen Sektor in den nächsten 25 Jahren 30 Milliarden Pfund pro Jahr einsparen würde“.

Es gibt andere führende Politiker in der EU, die Trumps Ablehnung der fundamentalistischen Überzeugungen der [Klimakirche](#) teilen. Der ungarische Ministerpräsident Victor [Orban](#) lehnt die Pläne der EU zur Bekämpfung des Klimawandels als „utopische Fantasie“ ab. Die italienische Ministerpräsidentin Giorgia [Meloni](#) erklärte, dass „die Ökologie von der Linken militärisch besetzt worden ist“ und dass „die Ideologie von Greta Thunberg dazu führen wird, dass wir Tausende von Unternehmen und Millionen von Arbeitsplätzen in Europa verlieren werden“. Parteien, die gegen die uneingeschränkte grüne Klimaagenda sind, bilden jetzt Regierungskoalitionen in [Finnland](#), [Schweden](#) und [Österreich](#).

Energie-Pragmatiker im globalen Süden

Seit dem ersten internationalen Forum zum Thema Umwelt und Klimawandel im Jahre 1972 in Stockholm haben die westlichen Industrieländer die Klimapolitik zu einem Kernstück ihrer internationalen Beziehungen gemacht. Seit den ersten UN-Verhandlungen, die 1992 auf dem Erdgipfel von Rio de Janeiro im Rahmen der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) begannen, hatten Entwicklungsländer des „globalen Südens“ wie China, Indien, Brasilien und Südafrika eine „gemeinsame, aber differenzierte [Verantwortung](#)“.

Dies bedeutete, dass die Industrieländer (in erster Linie der Westen, aber auch seine Verbündeten, darunter die Industrieländer Japan und Südkorea) sich verpflichteten, die Kohlenstoffemissionen innerhalb eines bestimmten Zeitraums um bestimmte Mengen zu reduzieren. Dies wurde angeblich von der [Wissenschaft](#)[™] diktiert, die vom IPCC in seiner regelmäßigen [„Zusammenfassung“](#) für politische Entscheidungsträger propagiert wurde. Die Entwicklungsländer hatten nicht nur keine verbindlichen politischen Verpflichtungen, sondern sollten auch beträchtliche Unterstützung in Form von „Klimafinanzierung“ erhalten, um die Eindämmung des Klimawandels und die Anpassung daran zu fördern.

Nach fast drei Jahrzehnten der Verhandlungen auf den Konferenzen der Vertragsparteien (COP) im Rahmen des UNFCCC-Forums ist die Kluft zwischen den politischen Perspektiven der Regierungen des kollektiven Westens und denen der übrigen Welt, die 80 % der Weltbevölkerung ausmachen, nicht annähernd überbrückt worden. Die Delegationen Chinas und Indiens sowie anderer Entwicklungsländer auf der COP26 in Glasgow im Jahr 2021 haben in letzter Minute [erfolgreich](#) darauf bestanden, dass im Abschlusskommuniqué des Forums von einem „phase down“ und nicht von einem „phase out“ der fossilen Brennstoffe die Rede ist. Damit sollte sichergestellt werden, dass die Bestrebungen der Entwicklungsländer nach einem höheren Lebensstandard nicht verwässert werden, hängt dieser doch von einer zuverlässigen und erschwinglichen Versorgung mit fossilen Brennstoffen ab.

Auf der COP28 2023 in Dubai traten die Widersprüche zwischen den Klimaalarmisten des Westens (zu denen sowohl Regierungsvertreter als auch eine breite Palette von Umwelt-NGOs gehören, die bei COP-Treffen einen halboffiziellen Status haben) und den Energiepragmatikern des „Globalen Südens“ offen zutage und wurden in den Medien ausführlich behandelt.

Dr. Sultan Al Jaber, der Präsident des COP28-Klimagipfels und CEO der Abu Dhabi National Oil Company, sagte in einem Interview ganz offen: „Sie fordern einen Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen... Bitte, helfen Sie mir, zeigen Sie mir den Fahrplan für einen Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen, der eine nachhaltige sozioökonomische Entwicklung ermöglicht, es sei denn, Sie wollen die Welt zurück in die Höhlen führen.“

Dr. Al Jaber ist auch nicht der einzige natürliche Verbündete der kommenden Trump- Regierung („drill, baby, drill“). Al Jabers Äußerungen wurden vom saudischen Energieminister Prinz Abdulaziz bin Salman bekräftigt, der gegenüber Bloomberg [erklärte](#), dass der weltgrößte Ölexporteur den westlichen Forderungen nach einem Ausstieg aus fossilen Brennstoffen nicht zustimmen werde. „Auf keinen Fall“, sagte er in einem Interview in Riad. „Und ich versichere Ihnen, dass kein einziger Mensch – ich spreche von Regierungen – daran glaubt... Wenn sie glauben, dass dies eine Frage der höchsten moralischen Instanz ist, fantastisch. Sollen sie das doch selbst tun. Und wir werden sehen, wie viel sie liefern können.“

Letztes Jahr fand die COP29 in Baku, Aserbaidschan, unmittelbar nach Trumps Sieg bei den Präsidentschaftswahlen statt, sehr zur Bestürzung von [Klimaaktivisten](#) und einer hyper-ventilierenden [Presse](#) in aller Welt. Die [Financial Times](#) sah in Trumps triumphalem Sieg „einen Schlag für den globalen Klimaschutz“, der „einen Schatten auf die UN-Klimakonferenz COP29 werfen würde“. Der aserbaidshanische Präsident Ilham Alijew, Gastgeber der COP29, gehörte zu den enthusiastischsten Befürwortern Trumps. Er bezeichnete die Öl- und Gasvorkommen seines Landes als [„Geschenk Gottes“](#) und erklärte, Öl und Gas würden noch „viele Jahre

lang“ benötigt.

Grüne Geopolitik auf den Kopf gestellt

Es besteht kein Zweifel, dass die kommende Trump-Regierung die von der progressiven Umweltlinken im Westen vorangetriebene grüne Geopolitik auf den Kopf stellen wird. Dies wurde bei den Bestätigungsanhörungen dieser Woche für wichtige Kandidaten in der Trump-Regierung deutlich. [Chris Wright](#), ein Ölmanager und Kandidat für das Amt des Energieministers, sagte bei seiner Anhörung im Senat Folgendes: „Präsident Trump teilt meine Leidenschaft für Energie... wenn ich bestätigt werde, werde ich unermüdlich daran arbeiten, seine kühne Agenda als unerschrockener Verwalter aller Quellen erschwinglicher, zuverlässiger und sicherer amerikanischer Energie umzusetzen.“ Er fuhr fort:

Es gibt sieben Milliarden Menschen auf der Welt, die nicht so leben wie wir... Sie wollen, was wir haben. Und natürlich sollten sie bekommen, was wir haben. Und durch Marktkräfte und Verbesserungen und Führung, insbesondere durch den designierten Präsidenten Trump, werden wir meiner Meinung nach sehen, wie unser Land und hoffentlich auch die Welt über immer reichhaltigere Energieressourcen verfügen, damit alle anderen ein Leben wie wir führen können.

Der designierte Finanzminister Scott Bessent wurde bei seiner Bestätigungsanhörung zu seinen Befürchtungen befragt, dass die Bemühungen des designierten Präsidenten Trump, die Fortschritte im Bereich der grünen Energie rückgängig zu machen, China begünstigen würden. Er antwortete wie folgt:

China wird dieses Jahr hundert neue Kohlekraftwerke bauen. Es gibt keinen Wettlauf um saubere Energie. Es gibt einen Energiewettlauf. China wird dieses Jahr 10 Kernkraftwerke bauen. Das ist nicht die Solarenergie. Ich bin auch für mehr Kernkraftwerke. Und ich möchte anmerken, dass die IRA, wie sie vom CBO [Congressional Budget Office] bewertet wurde, in Bezug auf die Ausgaben völlig außer Kontrolle geraten ist.

Trump kleidet seine versprochene Energiepolitik in den Mantel des „America First“. Doch in seinem Bestreben, eine Renaissance der Energieerzeugung in den USA herbeizuführen, hat er die Aussicht auf starke Unterstützung aus allen Teilen der Welt, die nicht den mächtigen Lobbys der globalistischen Klimaagenda verpflichtet sind.

Dr. Tilak K. Doshi is an economist, a former contributor to Forbes, and a member of the CO₂ Coalition.

Tags: [Alice Weidel](#), [Chris Wright](#), [Elon Musk](#), [Geert Wilders](#), [Giorgia Meloni](#), [Nigel Farage](#), [Olaf Scholz](#), [Paris Climate Agreement](#), [President Trump](#), [Victor Orban](#)

Link:

<https://dailysceptic.org/2025/01/19/trumps-drill-baby-drill-energy-policy-will-enjoy-the-enthusiastic-support-of-the-global-south/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE